

JUSTITIA ET PAX EUROPA

Die Zukunft Europas Ein Aufruf zum Dialog als Grundlage für gerechte Transformationen

Grundlegendokument für die Konzertierte Aktion 2021

„Das Leben ist die Kunst der Begegnung, auch wenn es so viele Auseinandersetzungen im Leben gibt.“

Fratelli Tutti, 215

- 1) **Kontext:** In den kommenden Jahren sind die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aufgerufen, einen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas zu leisten. Diese Initiative, ein gemeinsames Projekt der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union (EU), wird eine breit angelegte Debatte über das kommende Jahrzehnt für die EU und darüber hinaus eröffnen. 2021 ist auch das erste vollständige Jahr nach dem Brexit, und es wird nötig sein, wieder gute Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und seinen Nachbarn aufzubauen.

In diesem Zusammenhang hat *Justitia et Pax Europa* beschlossen, den Schwerpunkt seiner Konzertierten Aktion 2021 auf die Vertiefung alter und neuer Formen des Dialogs als Schlüssel zu einer gemeinsamen und fruchtbaren europäischen Zukunft zu legen, einer Zukunft, die alle europäischen Völker und Nationen einschließt und berücksichtigt, unabhängig davon, ob sie Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind oder nicht.

- 2) **Herausforderungen:** Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die EU mit ihren Institutionen in verschiedenen Phasen. Im Laufe ihrer institutionellen Erweiterung und geographischen Ausdehnung wurden friedliche Methoden zum Ausgleich divergierender (wirtschaftlicher) Interessen, (geographischer) Perspektiven und (historischer) Wahrnehmungen der Europäer erarbeitet. Doch in den letzten 15 Jahren hatte die EU aufgrund mangelnder Solidarität angesichts institutioneller, finanzieller und migrationspolitischer Anforderungen mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Sie ist nun mit einer überwältigenden Herausforderung im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens konfrontiert, mit zunehmenden Ungleichheiten, Instabilität an den Grenzen (Libyen, Ukraine, Türkei, Weißrussland), dem Aufkommen rechtsextremer Bewegungen, der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft sowie der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen. Es gibt eindeutige Anzeichen für eine Entfremdung zwischen der EU und einem beträchtlichen Teil ihrer Bürger. Die Errungenschaften und das künftige Potenzial der EU verdienen und erfordern neue Initiativen, die sowohl von den Mandatsträgern als auch von den Bürgern vorangetrieben werden, um die Glaubwürdigkeit der EU zu erhalten und das Verantwortungsgefühl der Bürger für ihre Institutionen und deren politische Entscheidungen zu stärken.

- 3) **Diagnose:** Insgesamt werden die Institutionen der Europäischen Union trotz ihrer sehr realen Erfolge bei der Förderung von Frieden und Wohlstand dennoch als nüchterne bürokratische Verwaltungen wahrgenommen, die die Bedürfnisse der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Eliten erfüllen. Aufgrund diverser Faktoren ist die Entwicklung des europäischen Projekts bei der Bewältigung einiger zentraler Herausforderungen der jüngeren Geschichte auf der Strecke geblieben. Insbesondere haben es die EU, die Regierungen und ihre gewählten Politiker versäumt, eine kohärente und gemeinsame Strategie in den Bereichen Verteidigung und Außenpolitik zu entwickeln; sie haben es nicht geschafft, sich auf grundlegende Vertragsbestimmungen für ein „soziales Europa“ zu einigen, das sich angemessen mit der zunehmenden Ungleichheit und der Armut innerhalb des ausgedehnten gemeinsamen Marktes auseinandersetzt; es ist ihnen nicht gelungen, die europäischen Nationen von der Wichtigkeit gegenseitiger Unterstützung bei finanzieller Instabilität oder Migrationsfragen zu überzeugen. Vor allem wurde es trotz der Unterstützung der EU für regionale Gebiete und Sprachen, für Bildung, Forschungsprojekte, Infrastrukturen usw. versäumt, eine Verbindung zu den Menschen herzustellen. Andere Institutionen, wie der Europarat und die OSZE, setzen sich aktiv für Demokratie und Menschenrechte ein und sind integrativer als die EU. Doch auch sie haben zu kämpfen, und ihre Lobbyarbeit ist bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern noch wenig bekannt oder geschätzt. In den letzten Jahren haben populistische Parteien und Parteiführer enttäuschte und besorgte Wähler mit einer aufrührerischen nationalistischen Rhetorik in einem destruktiven Machtspiel für sich gewonnen.
- 4) **Ein Wendepunkt:** Die Auswirkungen der 2020 aufgetretenen Covid-19-Pandemie haben sowohl die Notwendigkeit als auch den Wunsch nach Veränderung gezeigt. Es wurde ein gemeinsames EU-Finanzpaket in Höhe von mehreren Milliarden Euro vereinbart, um eine echte finanzielle Solidarität mit den Ländern und Regionen zu ermöglichen, die am stärksten von der durch das Coronavirus ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Krise betroffen sind. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bewiesen, dass multilaterale Verhandlungen, obwohl harte Arbeit, Differenzen überwinden können. Kompromisse für das Gemeinwohl können gefunden werden, die die grundlegenden Bedürfnisse und Ängste einer jeden Partei berücksichtigen.

Um ihre Glaubwürdigkeit und ihr Ansehen bei den Bürgern zu stärken, muss die EU diesen Akt der Solidarität auf Bereiche ausdehnen, die vom öffentlichen Gesundheitswesen und der sozialen Gerechtigkeit über die externe Zusammenarbeit und die Migration bis hin zu ökologischen Herausforderungen reichen. Die EU wird von ihren Bürgerinnen und Bürgern nur dann anerkannt werden, wenn es ihr gelingt, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu verbinden, geopolitische Stabilität zu fördern und die Umwelt zu schützen. Außerdem können die Grundlagen für einen gerechten Übergang nicht gefunden werden, ohne einen ausgewogenen und respektvollen Dialog mit den Nachbarn zu führen.

Hier erfordert der Brexit eindeutig eine neue Perspektive. Darüber hinaus haben der Europarat, die OSZE und auch die NATO wichtige Aufgaben innerhalb Europas und darüber hinaus zu erfüllen. Um das Gemeinwohl gewährleisten zu können, sollte die EU daher neue echte Begegnungen mit diesen Organisationen fördern. Jede dieser Organisationen kann zu einem Ort werden, an dem sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger treffen und sich gemeinsam für die Sicherheit aller, für eine geregelte Migration, sowie für Rechte und Pflichten einsetzen.

- 5) **Überzeugung:** neben Krisenverhandlungen ist der Dialog ein Schlüssel zu gerechten Übergängen. Die Lösung von Konflikten durch einen multilateralen Dialog - selbst wenn dieser durch einen Dschungel der Bürokratie geführt wird - ist ein Markenzeichen der europäischen Institutionen, insbesondere der EU. Er ist auf jeden Fall dem Schlachtfeld vorzuziehen und wirkungsvoller als bilaterale Verhandlungen.

Multilaterale Interaktionen und solche auf mehreren Ebenen verleihen Erfahrung, Kohärenz und Stärke, wenn man vor größeren Herausforderungen steht und mit anderen Weltmächten verhandelt. Aus der Geschichte wissen wir, dass Dialog einen Rahmen, Engagement und Respekt erfordert. Wenn wir zeitgemäße Methoden für den zivilgesellschaftlichen Dialog entwickeln, müssen wir Treue zu unseren gemeinsamen Wurzeln und Werten (Rechtsstaatlichkeit, Respekt vor demokratischen Verfahren), ein glaubwürdiges Engagement (offenes Eingestehen von Schwachstellen, Gefahren und Fehlern, Ansprechen von Unzulänglichkeiten) und einen tiefen Respekt vor den Identitäten und Sorgen der Teilnehmer zeigen. Die Vielfalt der Sprachen, Religionen, Nationalitäten, Geschichtserfahrungen und des Verständnisses von Europa sollte als Ausdruck unseres gemeinsamen Erbes geschätzt werden und nicht als Hindernis, das es zu beseitigen oder zu überwinden gilt. In der Tat sollte der Dialog auf der Subsidiarität beruhen und einen Sinn für lokale Autonomie und Kreativität fördern, und wir sollten uns immer das vor Augen halten, was uns eint.

Der Dialog in jedem europäischen Gremium sollte auch den Bürgerinnen und Bürgern offenstehen, die nicht dazugehören, und, ja, auch denjenigen, die in anderen Teilen der Welt leben. Damit Entscheidungen von den Bürgern mitgetragen werden können, müssen sich Institutionen und Entscheidungsträger in der Tat an der Vielfalt erfreuen, während sie ihre Kräfte in schwierigen Zeiten bündeln. Bei einem echten Dialog befinden sich Führung und Zuhören, Einheit und Vielfalt im Gleichgewicht. Durch die Konzentration auf das Gemeinwohl statt auf den kleinsten gemeinsamen Nenner entsteht das für die Bewältigung von Krisen nötige Vertrauen.

- 6) **Engagement:** Dialog ist der Schlüssel, aber zugleich ist Dialog auch Praxis.

Als christliches Netzwerk und durch seine Kommissionen praktiziert *Justitia et Pax Europa* den Dialog schon seit Jahrzehnten. Inspiriert durch das Evangelium und angespornt durch die Enzyklika *Fratelli Tutti*, werden wir uns sowohl strukturell als auch inhaltlich aktiv an den kommenden Dialogen in Europa beteiligen. Wir werden unser Engagement für die Konferenz der INGOs beim Europarat fortsetzen und werden uns an der Konferenz über die Zukunft Europas beteiligen, indem wir Räume für den Dialog schaffen und neue Methoden für den Dialog erproben.

Im Sinne von *Fratelli Tutti* werden wir unbedingt jedem Interessenvertreter zuhören und auch unsere am stärksten marginalisierten Nachbarn berücksichtigen und einbeziehen. Ebenso werden wir uns für ein EU-Regelwerk hinsichtlich eines respektvollen Dialogs auf Social-Media-Plattformen einsetzen, da wir wissen, dass europäische Regelungen durchaus einen Präzedenzfall auf globaler Ebene schaffen können.

Die nationalen *Justitia-et-Pax*-Kommissionen werden, wann immer möglich, mit Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft über Wege zur Stärkung authentischer Begegnungen diskutieren, die zu echten Veränderungen führen können.

Wir hoffen, dass der ständige Dialog die europäischen Institutionen dabei unterstützt, sich an die neuen und sich verändernden Bedingungen unserer Zeit anzupassen.